

Christlich Demokratische Union  
Stadtverband Heusenstamm



**CDU** HEUSENSTAMM

Bündnis 90/Die Grünen  
Ortsverband Heusenstamm



Heusenstamm gemeinsam gestalten.

Koalitionsvertrag  
für die XIX. Wahlperiode  
der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Heusenstamm

2021 - 2026

## Inhalt

A.	Präambel .....	2
B.	Organisation der Zusammenarbeit .....	3
C.	Programm .....	3
1.	Demokratie.....	3
2.	Digitalisierung.....	3
3.	Finanzen & Haushalt.....	4
4.	Gesundheit & Pflege.....	4
5.	Inklusion .....	5
6.	Integration .....	5
7.	Jugend.....	5
8.	Kinderbetreuung .....	6
9.	Klima, Umwelt & Natur .....	6
10.	Kultur & Freizeit.....	7
11.	Senioren.....	7
12.	Sicherheit & Ordnung .....	8
13.	Sport .....	8
14.	Stadtentwicklung & Wohnen .....	9
15.	Vereine & Ehrenamt.....	9
16.	Verkehr & Mobilität .....	10
17.	Handel, Gastronomie .....	11
18.	Wirtschaftsstandort.....	11
D.	Personalia .....	12
1.	Erster Stadtrat .....	12
2.	Vertreter im Regionalverband .....	12

## A. Präambel

Im gemeinsamen Willen, die Zukunft unserer Heimatstadt durch erfolgreiche und tatkräftige Politik zu gestalten, vereinbaren wir – CDU und Bündnis 90/Die Grünen – den vorliegenden Koalitionsvertrag.

Für das politische Wirken für die Dauer der 19. Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Heusenstamm versichern wir uns stets einer gegenseitigen vertrauensvollen Zusammenarbeit. Sie soll von dem Verständnis geprägt sein, eine gemeinsame Willensbildung zu betreiben, die notwendigen Kompromisse zu schließen, diese in der Öffentlichkeit zu vertreten und parlamentarisch einheitlich zu handeln.

Dieser Koalitionsvertrag stellt die Weichen der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit. Er soll verbindlich gelten und darf dennoch nicht als starrer oder abschließender Katalog verstanden werden. Wo sich aus rechtlichen, finanziellen oder anderen Gründen Ziele und Maßnahmen verändern müssen, werden sie gemeinschaftlich verändert. Wo neue Herausforderungen entstehen und Unvorhergesehenes bewältigt werden muss, wird es gemeinschaftlich bewältigt.

Auf diesen Weg möchten wir auch unsere politischen Mitbewerber und Mitstreiter in der Stadtverordnetenversammlung einladen. Wir verpflichten uns zu einem konstruktiven Miteinander in der Kommunalpolitik für Heusenstamm – zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger.

Heusenstamm, den 15. November 2021

**Für die CDU**

**Für Bündnis 90/Die Grünen**

Heide Schwab

Christine Moses

Paul Sassen

Heiner Wilke-Zimmermann

Steffen Ball

Frederik Pfälzer

Bestätigt durch Beschluss des  
Parteivorstands am 15.11.2021

Bestätigt durch Beschluss der Mitglieder-  
versammlung am 15.11.2021

## B. Organisation der Zusammenarbeit

Beide Parteien bilden einen gemeinsamen, nicht-öffentlichen Koalitionsausschuss, in den jeweils drei Personen entsandt werden. Bei Bedarf und gegenseitigem Einvernehmen können weitere Fraktions-/Parteimitglieder oder Gäste zu den Beratungen hinzugezogen werden. Der Koalitionsausschuss soll regelmäßig entlang der offiziellen Gremiensitzungen der Stadt tagen, zudem bei Bedarf und auf Wunsch einer Partei. Er kommt in Präsenz oder digital zusammen.

Anträge an die Stadtverordnetenversammlung werden grundsätzlich gemeinsam gestellt und hierzu im Koalitionsausschuss beraten.

Beabsichtigte Anfragen an den Magistrat sollen dem Koalitionspartner vorab zur Kenntnis gegeben werden, um ggf. Änderungsvorschläge oder ergänzende Fragen einbringen zu können.

## C. Programm

Vorab: Was uns gemeinsam wichtig ist und wir in den kommenden Jahren für unsere Heimatstadt anstreben, wollen wir im Folgenden knapp und prägnant auf den Punkt bringen. Ein Nachschlagewerk für gute Ideen, in alphabetischer Reihenfolge:

### 1. Demokratie

Wir wollen:

- Die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung stärken, z.B. durch intensivere Beteiligung von Sachverständigen oder regelmäßigen und themenbezogenen Ortsbegehungen.
- Die Transparenz der politischen Entscheidungsfindung erhöhen und öffentliche Dokumente leicht zugänglich machen.
- Im Parlament eine ergebnisoffene Debatte über die Einführung einer Übertragung der öffentlichen Gremiensitzungen führen, mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung, die das öffentliche Interesse bedient und zugleich die Persönlichkeitsrechte der ehrenamtlich Tätigen wahrt.
- Im Rahmen der Demokratieförderung Projekte in Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen umsetzen, um die kommunale Demokratie erlebbar zu machen.
- Das geltende Ortsrecht regelmäßig kritisch auf seine Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit überprüfen.

### 2. Digitalisierung

Wir wollen:

- Die Bildung einer zentralen Koordinierung/Stabstelle Digitalisierung im Rathaus.
- Den Breitbandausbau flächendeckend vorantreiben, in enger Abstimmung mit dem Kreis und den umliegenden Gemeinden.
- Digitale Bürgerdienste und Online-Angebote ausbauen.
- Eine Heusenstamm-App entwickeln, als Ergänzung zur statischen Web-Präsenz, mit allen wesentlichen Bürgerservices und Online-Diensten, z.B. mit Integration eines Mängelmelders.

- In öffentlichen Einrichtungen und städtischen Liegenschaften Vorreiter für den Einsatz neuer Technologien werden.
- Die öffentliche WLAN-Struktur an wichtigen Plätzen und Freizeitorien ausbauen.
- Digitale Formate für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen/gesellschaftlichen Prozessen einrichten, z.B. um bei Bürgerversammlungen mehr Personen eine Teilnahme zu ermöglichen.

### 3. Finanzen & Haushalt

Wir wollen:

- Die Transparenz haushaltspolitischer Entscheidungen verbessern, z.B. durch eine verständlichere und benutzerfreundliche, digitale Aufbereitung des Haushalts.
- Die finanzielle Lage der Stadt durch nachhaltige Entscheidungen sichern; auf Basis von sachlichen Abwägungen, unter Berücksichtigung von tatsächlichen öffentlichen Bedarfen und der wirtschaftlichsten Realisierbarkeit.
- Eine Politik, die bereit ist zu investieren, um das städtische Vermögen langfristig zu sichern und bestenfalls zu mehren.
- Fördermittel – als willkommene Ergänzung – beantragen, wo dies notwendig und sinnvoll ist; Fördermittel sind kein Selbstzweck und ebenfalls Steuergeld, mit dem verantwortungsvoll umzugehen ist.
- In der mittelfristigen Planung wieder ausgeglichene Ergebnishaushalte erreichen.
- Die Jahresabschlüsse der Stadt möglichst zeitnah erstellen, rechtzeitig zur nächsten Haushaltsberatung.
- Die Grundsteuer B möglichst in einem verträglichen Maß halten; eine Erhöhung kann jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.
- Die Gewerbesteuer möglichst auf dem aktuellen Niveau halten, um eine Verlässlichkeit für Investitions-/Ansiedlungspläne von Unternehmen zu bieten.
- Politisch wünschenswerte Ideen und Maßnahmen grundsätzlich so bewerten, dass die Realisierbarkeit von Projekten oder laufenden städtischen Leistungen stets in Relation zur finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger gesetzt wird.

### 4. Gesundheit & Pflege

Wir wollen:

- Einen runden Tisch „Gesundheitsmanagement“ installieren, mit Ärzteschaft und anderen medizinischen Institutionen, zur ganzheitlichen Betrachtung der medizinischen Versorgung in unserer Stadt.
- Eine Erweiterung der fachärztlichen Versorgung.
- Die Ansiedlung von verschiedenartigen Pflegeangeboten aktiv betreiben und begleiten, z.B. aktuell am Campus.
- Einrichtungen und Angebote für Demenzerkrankte ansiedeln, z.B. Tagespflege, Demenz-WGs etc.
- Ansiedlung eines Hospizes erreichen, Organisationen für schwerstkranke und sterbende Menschen unterstützen.

## 5. Inklusion

Wir wollen:

- Die Barrierefreiheit in und zu allen städtischen Liegenschaften und Einrichtungen verbessern.
- Kontinuierlich an der Absenkung von Bordsteinkanten und Beseitigung von baulichen Hindernissen im verkehrlichen/öffentlichen Raum arbeiten.
- Den Bedarf von Menschen mit körperlichen Behinderungen oder anderen Beeinträchtigungen und ihren Familien besser verstehen und diesem begegnen.
- Ein inklusives Wohnprojekt in Heusenstamm verwirklichen.
- Eine bessere Orientierung für Sehbehinderte durch entsprechende Plasterungen.
- Bei Maßnahmen im ÖPNV stets die Zugänglichkeit für Menschen mit Beeinträchtigungen weiter verbessern.

## 6. Integration

Wir wollen:

- Das interkulturelle Miteinander der Menschen verschiedener Herkunft und Religion in der Stadt fördern, Integrationskonzepte stetig fortentwickeln und insbesondere die Sprachförderung verbessern.
- Den engen Austausch und ein positives Zusammenwirken von Stadt und ehrenamtlicher Integrationsarbeit.
- Als Stadt Heusenstamm unseren Beitrag zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen leisten und damit unserer humanitären und christlichen Verpflichtung nachkommen.

## 7. Jugend

Wir wollen:

- Die Jugendarbeit um dezentrale Elemente erweitern; hierbei auch die räumliche Nähe zu und eine Vernetzung mit den weiterführenden Schulen und der Schulsozialarbeit herstellen.
- Soziale Medien verstärkt in die Jugendarbeit einbinden, Medienkompetenz fördern.
- Eine Prüfung durchführen, über Notwendigkeit/Form/Größe/Standort eines zentralen Jugendzentrums, als Basis für zukünftige Entscheidungen.
- Einen Kinder- und Jugendbeirat etablieren und in den politischen Meinungsbildungsprozess integrieren, insbesondere zu „eigenen“ Themen.
- Öffentliche Spiel- und Bewegungsräume ausbauen: Bolzplätze und andere Freiflächen nutzbar machen, z.B. durch eine separate Öffnung der Wiese / des Volleyballfeldes am Schwimmbad.
- Treffpunkte für Jugendliche schaffen, insbesondere in Rembrücken, z.B. durch Aufstellen eines Bauwagens.
- Kulturangebote stärker an den Bedürfnissen von Jugendlichen orientieren, z.B. beim Open-Air-Kino oder dem Kultursommer.
- Alkohol- und Drogenpräventionsprogramme unterstützen.
- Bei der Vereinsförderung den Aspekt der Jugendarbeit in den Fokus nehmen.

## 8. Kinderbetreuung

Wir wollen:

- Tagesmütter-Modell weiter ausbauen und fördern. Ausweichräume bei zeitweiser Einschränkung der privaten Räumlichkeiten und/oder für besondere Aktivitäten mit den Kindern schaffen.
- Die Kita-Plätze bedarfsgerecht weiter ausbauen, Wartelisten dauerhaft abbauen. Vorranggebiete hierfür sind: Der Campus (kurzfristig) sowie die Entwicklungsgebiete Brückenbauhof und Fernmeldezeugamt (mittelfristig).
- Die Schulkindbetreuung ausbauen, um dem tatsächlichen Bedarf in vollem Umfang gerecht zu werden.
- Ein transparentes und sozial ausgewogenes Vergabesystem für Betreuungsplätze.
- Die Trägervielfalt (freie, kirchliche, städtische) auch bei neuen Einrichtungen weiter pflegen.
- Bessere Anreize für die Gewinnung von Betreuungspersonal schaffen durch z.B. durch konkrete Angebote von Wohnraum, die weitere Entlastung vom Verwaltungsaufwand – auch durch ein bessere digitale Ausstattung, regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der Entgelte (über-tariflich), Fitness- und Gesundheitsangebote, Mitbestimmungsrechte in den Einrichtungen, Fortbildungsangebote, Personalentwicklungsmaßnahmen, flexiblere Arbeitszeiten, Jobtickets, Prämien für besondere Leistungen oder Einsatz zu besonderen Zeiten (Stichwort: Corona).
- Für eine Ansiedlung einer Ausbildungsstätte für Erzieherinnen und Erzieher werben, z.B. am Campus, um auch einen positiven Effekt für die örtliche Personalsituation zu bewirken.
- Den Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Kinderbetreuung wieder regelmäßig, d.h. mindestens zweijährlich, aktualisieren und die tatsächlichen Entwicklungen besser abbilden.
- Unterstützung von Familien mit Kleinkindern ohne Betreuungswunsch: Vernetzung verbessern und Angebote erweitern, z.B. Krabbelgruppen, ein Elterncafé, PEKiP (ein Eltern-Kind-Programm im ersten Lebensjahr), Spielkreise und andere Aktivitäten.

## 9. Klima, Umwelt & Natur

Wir wollen:

- Alle politischen Entscheidungen und das Verwaltungshandeln hinsichtlich der Folgen auf die angestrebte Klimaneutralität bewerten.
- Geeignete Dachflächen städtischer Liegenschaften für die Installation von Photovoltaik, Solarthermie oder Dachbegrünung nutzen – und damit eine Vorbildfunktion einnehmen.
- Die städtischen Fahrzeuge bei Neuanschaffungen sinnvoll auf umweltfreundliche Modelle umstellen, Liegenschaften energetisch optimieren und die Strombedarfe konsequent aus regenerativen Quellen, auch bei Fremdbezug, decken.
- Die Infrastruktur für E-Mobilität (Park- und Ladepunkte für Auto und Rad) kontinuierlich ausbauen.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten und pflegen.
- Die öffentlichen Grün- und Blühflächen für den Artenschutz optimieren, dabei ein verträgliches Miteinander von naturnahen Flächen und geordneten/gepflegten Park- und Grünanlagen realisieren.
- Bei Gebietsentwicklungen und Baumaßnahmen einen maßgeblichen Schwerpunkt auf Umweltverträglichkeit, Klimaanpassungsaspekte (z.B. Entsiegelung/Sammlung/Versickerung, Frischluftkorridore), erneuerbare Energien und Grünflächen legen und die Anforderungen entsprechend gestalten.

- Die ökologische Landwirtschaft am Hofgut Patershausen langfristig halten.
- Eine Rückverfüllung des Sandabbaugebiets Martinsee vermeiden oder wenigstens so gering wie möglich halten und eine verträgliche Erlebbarkeit des zukünftigen Naturschutzgebiets realisieren. Einen weiteren Sandabbau, über das derzeit genehmigte Maß hinaus, schließen wir aus.
- Die Pflege und Aufforstung des Heusenstammer Waldes unter dem notwendigen Aspekt der Klimaanpassung betreiben; das öffentliche Bewusstsein schärfen, bspw. durch eine Anpflanzungsaktion von Kindergärten, Schulen oder Vereinen.
- Flächen für Urban Gardening bzw. die „essbare Stadt“ ausweisen.
- Durch Patenschaftsmodelle eine bürgerschaftliche Beteiligung fördern, z.B. bei der Pflanzung von „Babybäumen“ durch Eltern.
- Den Weg zu einem „plastikfreien Heusenstamm“, z.B. bei Festen, in der Gastronomie etc. konsequent beschreiten und gemeinsam mit allen Akteuren sinnvolle und akzeptierte Lösungen umsetzen.
- Die Informationen der Öffentlichkeit verbessern, hierzu z.B. die naturschutzpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen intensivieren, Naturschutzverbände unterstützen, Infotafeln an Naturdenkmälern/-schutzgebieten, ein Naturlehrpfad.
- Die Abwasserreinigung auf hohem Niveau halten und stets nach dem maßgeblichen Stand der Technik optimieren, die sinnvolle Nutzung des anfallenden Faulgases prüfen, z.B. Verstromung.
- Das Klimaschutzkonzept der Stadt Heusenstamm regelmäßig, unter Beibehaltung der bewährten Bürgerbeteiligung, in Richtung Klimaneutralität fortentwickeln.
- Das bestehende Müll-/Abfallsystem unter dem Gesichtspunkt „Anreizsystem zur Müllvermeidung“ überprüfen.

## 10. Kultur & Freizeit

Wir wollen:

- Das Konzept des Kultursommers gemeinsam mit den (ehrenamtlichen) Veranstaltern und Vereinen weiterentwickeln.
- Neue kulturelle Veranstaltungsformate und Feste entwickeln (z.B. eine Nacht der Lichter, Nacht der Musik) und neue Veranstaltungsorte (z.B. Alte Linde) ausprobieren.
- Den Saal für Vereine, im Zusammenhang mit der Sanierung des Feuerwehrhauses, um geeignete Nebenräume/Foyer ergänzen und seine Nutzungsmöglichkeiten verbessern.
- Das „Unnergassefest“ wiederbeleben.
- Ausreichende Räumlichkeiten für Musik- und Theatergruppen.
- Ein Nutzungskonzept für die leerstehenden Teile im Hofgut Patershausen entwickeln, um naturnahe und kulturhistorisch angemessene Möglichkeiten zu schaffen.

## 11. Senioren

Wir wollen:

- Gesundheitsaktivitäten/Bewegungsmöglichkeiten durch seniorenrechtliche Spielplätze ausbauen.
- Die Fußwegsicherheit erhöhen, Barrierefreiheit kontinuierlich verbessern.
- Generationenübergreifende und seniorenrechtliche Wohnformen ermöglichen, insbesondere bei der Entwicklung neuer Quartiere.

- Weiter Pflegeeinrichtungen, insbesondere auch ein Hospiz und Angebote für Demenzerkrankte (Tagespflege, Demenz-WGs), in Heusenstamm ansiedeln.
- Die ältere Generation beim Thema Digitalisierung mitnehmen, beraten und schulen. Dabei die analogen Angebote erhalten und anbieten, wo dies notwendig und gewünscht ist.
- Einen passenden Ort für die Einrichtung eines Friedwaldes finden.

## 12. Sicherheit & Ordnung

Wir wollen:

- Das Feuerwehrhaus an der Rembrücker Straße halten, sanieren und erweitern.
- Die Alte Feuerwache und Teile des angrenzenden Geländes als potenziellen, neuen „Sicherheitsstandort“ prüfen: z.B. Ordnungspolizei, Rettungskräfte, u.a.
- Die Verkehrssicherheit durch mehr Geschwindigkeitskontrollen verbessern: Neue Stationäre Messeinrichtungen installieren und/oder eine mobile Einheit beschaffen.
- Eine Prüfung von Tempo-30 auf weiteren innerörtlichen Verbindungsstraßen (z.B. Isenburger Str., Ringstraße), auch zur Verringerung der Lärmbelastung in Wohngebieten.
- Die Schulwegsicherheit verbessern und bei der neuen Grundschule von Beginn an in den Blick nehmen; hierbei mögliche Konfliktpunkte (z.B. Elterntaxis) auch mit der unmittelbaren Nachbarschaft rechtzeitig erörtern und in den Planungen berücksichtigen.
- Die Sauberkeit des öffentlichen Raums durch schnelles Beseitigen von Müll und Verschmutzungen fördern.
- Angsträume und Konfliktpotentiale im Stadtgebiet feststellen und durch die flexible Bestreifung des Ordnungsamts, in enger Abstimmung mit der Polizei, entgegenwirken.
- Die Polizei bei festgestellten Kriminalitätsschwerpunkten, auf ihre Empfehlung hin, durch Video-Überwachung unterstützen.
- Die Beleuchtung von Straßen und Wegen verbessern, unter Berücksichtigung von Insektenfreundlichkeit und Energieeffizienz.
- Auf der Basis eines Unfallkatasters bestehende sowie potenzielle Gefahren im Verkehrsraum identifizieren und als Grundlage zu ihrer Beseitigung nutzen.

## 13. Sport

Wir wollen:

- Die öffentlichen Sportanlagen erhalten und zukunftsfähig machen, d.h. an veränderte Bedarfe anpassen, z.B. beim sanierungsbedürftigen Hartplatz im Sportzentrum Martinsee oder der Raumsituation des Rugby Klub Heusenstamm.
- Gemeinsam mit der TSV Heusenstamm an einem zukunftsfesten Konzept für ihren Vereinsstandort arbeiten und ggf. alternative Standorte, z.B. am Campus, erörtern.
- Die neue Sporthalle an der geplanten Grundschule am Frankfurter Weg sinnvoll in die Belegungsplanung für den Vereins- und Freizeitsport integrieren.
- Eine bessere Vernetzung und den Austausch zwischen sporttreibenden Vereinen in Heusenstamm und Rembrücken.
- Einrichtung von leicht zugänglichen Sportgeräten/Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum.
- Die Erhaltung der frei zugänglichen Bolzplätze und Ergänzung um weitere Flächen, z.B. Basketball, Boule u.a.

## 14. Stadtentwicklung & Wohnen

Wir wollen:

- Eine gemäßigte und nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne Heusenstamms, d.h. soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang bringen und ein Wachstum der Einwohnerzahl an den infrastrukturellen Möglichkeiten bzw. Potentialen orientieren.
- Ein Teil des Gebiets des ehemaligen Bauhofs für die notwendigen Feuerwehr-Parkplätze verwenden, im Übrigen für eine Wohnbebauung entwickeln: Das Gelände möglichst in städtischem Eigentum belassen und selbst entwickeln bzw. alternativ durch Belegungsrechte z.B. für Feuerwehrleute, Pflege- oder Betreuungspersonal eine bedarfsgenaue Bereitstellung von Wohnraum ermöglichen.
- Auf dem Entwicklungsgebiet Brückenbauhof eine Drogerie und schwerpunktmäßig weiteren (Einzel-)handel sowie Gewerbe ansiedeln. Daneben – besser gesagt darauf – kann in verträglichem Umfang Wohnraum realisiert werden. Der Standort soll mit seinen Dachflächen zu einem innovativen Vorzeigeprojekt werden: Nutzung der Sonnenenergie (Solarthermie, Photovoltaik – ggf. durch bürgerschaftliche Beteiligung) und/oder großflächige Begrünung und Bewirtschaftung (Urban Gardening, essbare Stadt, etc.).
- In dem neuen Quartier des ehemaligen Fernmeldezeugamts eine maßvolle, ökologisch ambitionierte bauliche Entwicklung realisieren, dabei sowohl Mietwohnraum für unterschiedliche Einkommensgruppen wie auch die Bildung von Wohneigentum (Wohnung, Doppel-/Reihenhäuser) ermöglichen. Freizeitanlage (Bolzplatz, Spielplatz, etc.) sowie eine neuer KITA-Standort sind zu integrieren.
- Die Belegung von brachliegenden Flächen im Stadtgebiet vorantreiben.
- Dem städtischen Wohnungsbau eine neue Chance geben: Grundstücke möglichst halten, über die Nutzung von Vorkaufsrechten gegebenenfalls Grundstücke oder Eigentumswohnungen erwerben, die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft ggf. in interkommunaler Zusammenarbeit oder den Anschluss an eine bestehende, öffentliche Wohnungsbaugesellschaft prüfen.
- Alternativen prüfen, mit denen die mit der Quote für den sozialen Wohnungsbau (bestehende Beschlusslage) gewünschten Ziele effektiver erreichbar sind, z.B. Belegungsrechte, eigenen städtischen Wohnraum, zweck-/berufsgebundene Wohnungen.
- Für das Gelände St. Cäcilia alle möglichen Optionen in enger Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche abwägen und eine Lösung im Gesamtinteresse der Stadt finden, auch und insbesondere unter finanziellen Gesichtspunkten.
- Die noch unbebauten Entwicklungsflächen am Campus weiterhin nur für gewerbliche und/oder infrastrukturelle Zwecke vorsehen.

## 15. Vereine & Ehrenamt

Wir wollen:

- Unterstützung der Gründung eines Vereinsrings.
- Elemente der Vereinsförderung insbesondere an der Kinder- und Jugendarbeit orientieren.
- Einen Ehrenamtsbeauftragten im Rathaus etablieren, als Ansprechpartner, Koordinator und Unterstützer ehrenamtlicher Aktivitäten; hierzu die Potentiale des Projekts „Demokratie leben“ nutzen.

## 16. Verkehr & Mobilität

Wir wollen:

### a. Radverkehr

- Die Entwicklung eines sicheren Radwegenetzes und wesentlicher Radverkehrsverbindungen innerhalb der Stadt, z.B. durch die Prüfung und ggf. Einführung von Fahrradstraßen (d.h. Gleichberechtigung von Auto und Fahrrad).
- Die Beseitigung von Gefahrenstellen für Radfahrer.
- Überörtliche Radwegeverbindungen und eine sinnvolle Einbindung/Verbindung von Heusenstamm an (geplante) Radschnellwege im Rhein-Main-Gebiet, insb. mit einer besseren Anbindung in Richtung Neu-Isenburg/Frankfurt.
- Abstellanlagen für Fahrräder, E-Bikes und Lastenräder einplanen und ausbauen.
- Einrichtung eines Runden Tisches „Radverkehr“.

### b. Straßen & Kreuzungen

- Die Einrichtung von Kreisverkehren, insbesondere an wichtigen Knotenpunkten (z.B. Ortseingang Bastenwald/Berliner Str., Kreuzung Alte Linde)
- Verkehrsflüsse regelmäßig überprüfen und Verkehrssteuerung stetig optimieren; dabei stets alle innerstädtischen Auswirkungen berücksichtigen, abwägen und Anwohner/Betroffene beteiligen. Dies gilt insbesondere bei Neuerschließungen durch entsprechende Verkehrsplanungen, z.B. beim Brückenbauhof und Fernmeldezeugamt.
- Eine Neuplanung der Verkehrssituation von (inkl.) der Kanthaus-Kreuzung bis zur Otto-Hahn-Schule.
- Das Straßennetz gemäß dem jeweiligen Bedarf und im Sinne aller verschiedenen Verkehrsteilnehmer kontinuierlich sanieren.
- Die Frankfurter Straße im Abschnitt Bahnübergang bis Gustav-Adolf-Kirche aufwerten.
- Gemeinsam mit den Anwohnern Probleme bei lokalem Parkdruck und mögliche Lösungen erörtern.
- Bei den langfristigen Planungen der A3 wirksame Lärmschutzmaßnahmen einfordern.
- Gemeinsam mit der Nachbarstadt Obertshausen, die Verkehrssituation Richtung Obertshausen/A3 optimieren und (Rück-)Staus verringern.
- Rembrücken vor weiterer Verkehrsbelastung durch überörtlichen Durchgangsverkehr schützen.

### c. Öffentlicher Nahverkehr

- Den innerörtlichen Verkehr mit der testweisen Einführung des Hopper in der Fläche verbessern sowie bei der Kreisverkehrsgesellschaft auf die Einrichtung von Verbindungen in die Nachbarstädte drängen.
- Die in wenigen Jahren vorliegenden (ersten) Erfahrungen mit dem Hopper gemeinsam mit den Nutzern öffentlich besprechen und das Hopper-System stetig optimieren.
- Die Pünktlichkeit der S-Bahn gemeinsam mit dem RMV nachhaltig verbessern.

### d. E-Mobilität

- Die bauplanungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, Vorgaben für die Einplanung und Vorbereitung von Ladestationen festzulegen.
- Die Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum ausbauen, z.B. gemeinsam mit den lokalen Energieversorgern und anderen interessierten Unternehmen.

- Die Stadtverwaltung zu einem Vorbild der E-Mobilität machen und bei Gewerbe, Gastronomie und Privatpersonen für den Einsatz von E-Autos und E-(Lasten-)Fahrrädern werben.

#### e. Flughafen

- Die konsequente Einhaltung des Nachtflugverbots.
- Alle rechtlichen Möglichkeiten und Beteiligungsformate ausschöpfen, in enger Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen, um negative Veränderungen von Flugrouten abzuwenden und positive Veränderungen im Lärmaufkommen anzustoßen.

### 17. Handel, Gastronomie

Wir wollen:

- Einkaufsmöglichkeiten verbessern, Kaufkraft in Heusenstamm halten - durch die Ansiedlung neuer Fachgeschäfte, z.B. auch speziell ökologisch orientierter Betriebe.
- Ansiedlung eines Drogeriemarkts.
- Die Attraktivität der Frankfurter Straße nachhaltig steigern und für ein zukunftsfestes Konzept für Handel und Gastronomie etablieren, z.B. durch verkehrliche Verbesserungen, eine höhere Aufenthaltsqualität und ein vielfältigeres Angebot.
- Den Standort Alte Linde stetig verbessern.

### 18. Wirtschaftsstandort

Wir wollen:

- Brachliegende Gewerbeflächen beleben, eine aktive Leerstandvermittlung betreiben; gemeinsam mit den Eigentümern.
- Die städtische Wirtschaftsförderung stärken und kontinuierlich für die Neuansiedlung von Unternehmen werben.
- Eine Willkommenskultur für Unternehmensgründungen, z.B. durch die Ansiedlung eines Gründerzentrums.
- Die Vernetzung von Gewerbetreibenden fördern, z. B. durch ein (digitales) Unternehmerforum.
- Eine unbürokratische Unterstützung der Gewerbetreibenden durch das Rathaus.
- Die Interessen der lokalen Landwirtschaft bewahren und fördern.

## D. Personalia

### 1. Erster Stadtrat

Die laufende Amtszeit des Ersten Stadtrats endet zum 31. Dezember 2025. Die Parteien vereinbaren, im Laufe des Jahres 2024 die maßgeblichen Gespräche über die Position des hauptamtlichen Beigeordneten zu führen und eine Verständigung über die Besetzung und das weitere Vorgehen anzustreben.

### 2. Vertreter im Regionalverband

Vorab zu diesem Koalitionsvertrag, waren die Parteien für die Besetzung der Vertretung im Regionalverband Frankfurt Rhein-Main bereits wie folgt übereingekommen – entsprechend wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai 2021 gewählt: Vertreter der Stadt Heusenstamm ist Heiner Wilke-Zimmermann, sein erster Stellvertreter Steffen Ball, sein zweiter Stellvertreter Uwe-Michael Hajdu. Zum 1. Januar 2024 wechselt die Vertretung, sodass die regelmäßige Teilnahme im Regionalverband durch den ersten Stellvertreter Steffen Ball erfolgt.

Über die gesamte Wahlperiode hinweg vereinbaren die Parteien, dass sie sich inhaltlich-thematisch zum Abstimmungsverhalten in der Verbandsversammlung eng miteinander beraten und eine gemeinschaftliche Position entwickeln wollen. Im Zweifelsfall muss dies auf eine Enthaltung des Vertreters der Stadt Heusenstamm hinauslaufen.